Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10603

06. 05. 98

Antrag

der Fraktion der SPD

zu den Umständen der Entscheidung des Europäischen Rates vom 2. Mai 1998 zur Ernennung des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank und zur Festlegung des Teilnehmerkreises an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung des Europäischen Rates zum Teilnehmerkreis und zum pünktlichen Start der Europäischen Währungsunion am 1. Januar 1999. Mit der gemeinsamen Währung beginnt ein neuer, bedeutender Abschnitt für die EU. Der Deutsche Bundestag hofft, daß mit dem Euro das politische und wirtschaftliche Gewicht der EU und damit auch ihr Einfluß auf die Gestaltung der Weltwirtschaft wächst.

2. Der Deutsche Bundestag erwartet, daß der Euro genau so stabil wird wie die Deutsche Mark. Er fordert die Bundesregierung deshalb auf, die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland endlich wirksam zu bekämpfen, denn die nachhaltige Stabilität des Euro ist nur zu sichern, wenn die Arbeitslosigkeit schrittweise und kontinuierlich reduziert wird. Um dieses Ziel zu erreichen, ist auch erforderlich, die Zusammenarbeit in der Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der EU zu intensivieren. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, Steuer-, Sozial- und Umweltdumping in der EU einen Riegel vorzuschieben.

3. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 21. April 1998 im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag zur Benennung des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank ausgeführt hat: „Ich bin absolut sicher, daß es eine Entscheidung sein wird, die dem Ansehen, der Reputation dieses Instituts zuträglich ist. Das heißt, es wird nicht der Eindruck erweckt werden, das sei eine unerträgliche Mauschelei."

   Die Umstände der Ernennung des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank stehen im krassen Widerspruch zu diesen Ausführungen. Sie sind geeignet, das Ansehen der Europäischen Zentralbank zu beschädigen.

Seine Zusage gegenüber allen Fraktionen des Deutschen Bundestages hat der Bundeskanzler nicht eingehalten. Er hat im Deutschen Bundestag wider besseres Wissen Erwartungen hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung dieser Personalfrage geweckt, ohne einen konkreten Lösungsansatz mit den europäischen Partnern im Vorfeld des Gipfels abgestimmt zu haben.

Die Umstände der Benennung des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank sind ein Beweis mehr dafür, daß die Durchsetzungskraft des Bundeskanzlers in der EU stetig abnimmt. Sie sind auch eindeutiger Beleg dafür, daß die Bundesregierung in zentralen europapolitischen Fragen handlungsunfähig geworden ist, denn bis zum Europäischen Rat am 2. Mai 1998 gab es in dieser zentralen Personalfrage keine einvernehmliche Strategie der Bundesregierung, wie eine volle Amtszeit für den ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank durchgesetzt werden könnte.

Statt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Euro zu stärken, gingen durch die Umstände hinsichtlich der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank von diesem europäischen Gipfel die gegenteiligen Signale aus. Auf diese Weise trägt die Bundesregierung bedauerlicherweise dazu bei, daß das Ansehen der EU und der gemeinsamen europäischen Währung bei den Bürgerinnen und Bürgern beeinträchtigt wird.

Bonn, den 6. Mai 1998

Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333